



Agierung durch Einwirkung auf Österreich erhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte. Von Russland wäre, wenn dies geschehen, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Ausführungen des Sachverständigen-Preßes überzeugend festgestellt. Die angeblichen Tatsachen, auf die der Gute nur zur Rechtfertigung seiner Politik berufen habe, ständen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit.

Beider dürfte die Bevölkerung uns recht viel Schaden antun. Das zweite Schriftstück führt von dem zurück in der Schweiz sich aufzuhebenden Dr. Mühlner her, der seiner Zeit Mitglied des Kappischen Direktoriums war. Bei diesem hande es sich um einen direkt verantwortlichen Menschen. Von ihm in dem Schriftstück genannte Persönlichkeiten bestreiten durchaus, angeblich von ihnen gefallene Neuerungen getan zu haben, und erläutern ebenso überzeugend.

An die Ausführungen des Kappischen v. Papier knüpft sich eine lebhafte Diskussion, an der u. a. die Abg. Gröber, Müller-Meininger, Scheidemann, Stresemann, v. Gräfe und Frey, v. Kamp teilnehmen. Alle diese Redner sind darin einig, daß Fürst Michnowsky von einer geradezu pathologischen Eitelkeit beseelt waren. Die ganze Sache kennzeichnete übrigens den Tiefstand der deutschen Diplomatie. Deren Zusammenhang und Methode, wie überhaupt die des ganzen Auswärtigen Amtes müsse einer gründlichen Erneuerung und Revision unterzogen werden. Es sei ein Glück, daß die Michnowsky-Bombe jetzt hier in Deutschland zur Entladung gebracht und so ihrer Hauptbedeutung beraubt wurde. Das deutsche Weißbuch sei recht unvollständig, enthalt allerdings nicht, wie der betr. Bürger der Entente, direkte Fälschungen. Schließlich wird angekündigt, daß ein neues Weißbuch auf dem Wege sei.

### Vom Seeadler.

Berlin, 20. März. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören ist von den die feindlichen Nachrichtenagenturen verbreitete Meldung, daß die in Chile gelandeten Mannschaften des Hilfsfregatten Seeadler von der chilenischen Regierung interniert worden seien, unzureichend. Die Mannschaften befinden sich vielmehr auf freiem Fuße und sind nur bis zur Klärung der mit ihrer weiteren Behandlung zusammenhängenden Rechtsfragen unter behördliche Aufsicht gestellt worden.

### Der Fall Daimler im Reichstage.

In der Reichstagsitzung vom Mittwoch kam auch der Fall Daimler zur Sprache.

General v. Weisberg führte aus: Das Strofjahr ist wegen verlustreicher Beiträge und Kriegswuchers eröffnet worden. Das Schreiben, in dem eine Einschränkung des Betriebes angeordnet worden ist, ist dem Oberrechtsanwalt zugeführt worden, zur Untersuchung, ob etwa verdeckter Verbrechen vorliegt. Im Namen der Heeresverwaltung habe ich die folgende Erklärung abgegeben: Wenn dort die Drohung mit einer Einstellung des Betriebes in Abrede gestellt wird, so wehrt man sich gegen eine Anklage, die gar nicht erhoben worden ist. Der Vorlaut des den Gerichten übergebenen Schreibens läßt gar keinen Zweifel daran zu, daß es sich um ein Ultimatum handelt, das Entschädigungen des Betriebes androht, als die geforderte Preissteigerung nicht in aller Kürze eingetreten war. Es ist jetzt anerkannt worden, daß die Daimlerwerke hohe Qualitätsarbeit liefern, was wohl weniger der Kaufmännischen Leitung, als der technischen Leitung und der Arbeiterschaft zu danken ist. Gerade wegen der hohen Leistungen des Werkes lag es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, einer Einschränkung der Produktion vorzubeugen. So wurde dieses Schreiben, in dem gleichzeitig und endgültig die seit langer Zeit immer wiederholte Forderung, die Heeresverwaltung möge die Preissteigerung vornehmen, erhoben wurde, der äußere Anlaß auf Grund des Paragraphen 98 des Belagerungszustandsgesetzes eingewichen. Wenn die Firma weiter erklärt, einige Tage später ihre Drohung ausdrücklich zurückgenommen zu haben, so war diese Zurücknahme doch nur erfolgt unter dem Druck der Bestimmungen des Belagerungszustandsgesetzes, und um die Militarisierung abzuwenden. Die trocken bald darauf verfügte Militarisierung erfolgte nicht lediglich auf Grund der inzwischen bekanntgewordenen Angaben eines chemischen Beamten der Firma hin, sondern auf Grund der ganzen Vorgänge in Verbindung mit dieser Anzeige. Es trifft also auch nicht zu, daß der Unter- und der Hauptausschuß des Reichstages sich bei ihrem Vorgehen gegen die Firma allein auf die Angaben eines chemischen Beamten gestützt haben. Die Daimlergesellschaft wendet sich ferner gegen die in den Zeitungen wiedergegebene Ansicht, sie habe 50 v. H. Preiserhöhung gefordert. Die Firma behauptet, nur 10 v. H. gefordert zu haben. Dies war allerdings ihre letzte Forderung. Es wird aber übersehen, daß der Kommissar der Heeresverwaltung im Hauptausschuß nicht von 50 v. H. auf die letzten Preise gesprochen hat, sondern von etwa 50 v. H. auf die zu Beginn des Krieges gezahlten Friedenspreise. Die Preiserhöhung beträgt bei Motoren etwa 41 v. H., bei Erzeugstücken 70 v. H.,

so daß im Durchschnitt etwa 50 v. H. Aufschlag vorhanden sind. Dies nur zur Richtigstellung. Im übrigen erhalten Kontrahenten tatsächlich um etwa 50 v. H. höhere Preise. Die Ablehnung der Preiszulage erfolgte nicht deshalb, weil das Habitat im Verhältnis zu anderen Ergebnissen nicht einen höheren Preis wert gewesen wäre, sondern weil die Firma infolge ihres ungewöhnlichen Umlages offensichtlich einen übermäßigen Gewinn zu erzielen vermochte, und weil die Beweisführung der Kalkulationsuntersuchungen es der Preisprüfungsfeststelle unmöglich machte, plausibelgemäß die wirkliche Angelegenheit der Preise zu beurteilen. Dies zur Erklärung der Daimlergesellschaft. Was hat der Heeresverwaltung den Vorwurf gemacht, sie habe nicht früh genug zugegriffen. Sie hatte aber erst dann ein Recht und die Pflicht zum Eingreifen, als die Verfehlungen der Firma in Frage gestellt waren. Die Preise geben einen ausleitenden Grund nicht, da sie nicht zu hoch erschienen. Die Heeresverwaltung blieb, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten. Die hohen Gewinne der Gesellschaft können auch von ihren sonstigen Geschäften herleiten. Von der Verordnung vom 14. Juli 1917 ist nicht Gebrauch gemacht worden, weil sie nicht anwendbar erschien. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß man auch hier auf ihr fuhen kann. In ähnlichen Fällen will sich daher die Heeresverwaltung auf diese Verordnung stützen. Die Anwendung des Paragraphen 98 des Belagerungszustandsgesetzes konnte erst in Frage kommen, als ein Vorgehen im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig erschien. Daher wurde erst eingegriffen, als die Leistungen der Firma heruntergegangen drohten. Die Heeresverwaltung hat getan, was in Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig war. Sie hat nichts zu vertuschen und will nichts vertuschen. Es wird nun zugleich geschafft werden. Man lasse aber den Richter sprechen und greife ihm nicht vor. (Beschl.)

In der Debatte bemerkte u. a. der Abg. Erzberger: Die deutsche Industrie hat glänzende Leistungen vollbracht, ebenso der Mittelstand und das Handwerk. Das glänzende Bild hat aber auch seine Schattenseiten. Gewiß mag in den ersten Kriegsmonaten die Preisfrage keine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Aber etwas mehr Voraussicht hätte man doch haben sollen. Wir wären dann um Hunderte von Millionen reicher.

Die Preise waren anfangs vielleicht zu hoch, daß die Lieferanten selbst sich dagegen wehrten. (Hört, hört!) Sie wußten, daß diese Preise einfach unhalbar sein müssen. Ein planmäßiger Abbau der Preise bis zum Friedensstand muß beim Eintritt in die Übergangswirtschaft unser Ziel sein. Wie können wir sonst konkurrenzfähig bleiben? Vor allem gilt das für Holz, Kohle und Eisen. Wir müssen uns wenigstens annähern an Preise, die im Ausland üblich sind. Ohne das schlechte Beispiel vieler Kriegsgesellschaften wären die Preise bei uns auch nicht in dem Umfang gestiegen. Nun zu Daimler. Die Erklärungen der Gesellschaft sind irreführend. Das steht nach der eben gehörten Erklärung einwandfrei fest. Die Streitandrohung der Gesellschaft ist um so gefährlicher, als sie einer großen Teil der Flugzeugmotoren hant. Da gegen die gerichtlich vorgegangen wurde, die gestreikt haben, muß auch rücksichtslos vorgegangen werden gegen eine große Aktiengesellschaft, die eine derartige Drohung auspricht. (Weißfall.) Die Kalkulation der Gesellschaft ist geradezu eine Verhöhnung des Kriegsmaterials und des Reichsstands. Die Gesellschaft glaubt wohl, der Idiotengesellschaft alles unterstellt zu können. Das sollte in der Kalkulation ist die Amortisation auf Lohn in Höhe von 30 v. H. (Hört, hört!) Das ist noch nicht degeneriert. Man glaubt offenbar, daß die Leistung geworden und man sucht sich Nebengewinn zu verschaffen. Diese Kalkulation wurde nur unter strengster Disziplin mitgeteilt. Das ist eigentlich, denn sie hat das Licht der Öffentlichkeit zu schaffen. Vorder gibt es nicht bloß einen Daimler in Deutschland. Ein ganz erheblicher Teil der Schuld trifft das Kriegsmaterial. Diese unendliche Geduld hat man bisher an mich noch nicht gelassen. Dreißig Jahre freit man sich mit Daimler, bis man die Kalkulation endlich nicht bekommt. (Heiterkeit.) Da spricht man im Ausland noch von Militarismus. (Heiterkeit.) Au Stelle der vom Kriegsministerium beabsichtigten Preisprüfungsstelle muß die bereits vorhandene des Wumba weiter ausgestaltet werden. Das Kriegsministerium muß die Grundlagen für die Preisprüfung erhalten. Der Einwand des Geschäftsgeheimnisses ist nicht durchdringend. Die Behauptung, es fehle an geeigneten Kräften, ist falsch. Wir verlangen, daß die militärische Überwachung auch dann durchgeführt wird, wenn durch übermäßige Preisforderungen die Interessen des Reiches gefährdet werden. Wir hoffen, daß davon möglich seien Gebrauch gemacht werden muß. Die Jurisdiccion der Buchergewinne muß möglichst bald durchgeführt werden. Auch den Reichstag trifft Schuld. Wir haben in den letzten Jahren unser Budgetrecht viel zu mild gehandhabt. Das deutsche Volk will die Gewissheit haben, daß die Mittel aus den Kriegsanleihen parat verwandt werden. Wie rücksichtslos ist man in England vorgegangen. Die Produktion an Kriegsmaterial ist

gestiegen. Aus jeder einzelnen Mark muß der Kriegsminister soweit als möglich herausziehen. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß die Anträge des Ausschusses nicht nur bald angenommen, sondern auch bald wie möglich verwirklicht werden.

### Verhältnis einer Diebesbande.

In Düsseldorf wurden 15 jugendliche Personen verhaftet, die vorgerichtet Elsitzer aus der Güterabfertigung in großen Mengen gestohlen haben.

### Neueste Nachrichten.

WIE. Berlin 20. März. Abends. Amtlich. Von den Kriegschauplätzen nichts Neues. Auch vor Verdun ließ der Artilleriekampf bei Regen und Nebel an Heftigkeit nach.

### Lebensmittelverlauf.

**Bonn:** Ein Eis-Verlauf findet am Donnerstag den 28. März, vormittags statt. Gegen jede gültige Eismarke Nr. 2 gelangt ein Kali-Ei zum Preise von 0,42 Mark pro Ausgabe. Am Karneval werden die Eier in der südlichen Verkaufsstelle Franziskanerstraße 1 abgegeben.

**Verkauf von sterilisierte Milch.** Von Freitag, den 22. do. bis, wird in den südlichen Verkaufsstellen (Lebensmittelgeschäften) sterilisierte Milch in Flaschen siebenzehntel Liter Inhalt verkauft.

### Freiburg:

In der laufenden Woche gegen Bezugsabschnitt Nr. 38 Kunsthong, 250 Gramm für 38 Pf., 39 Walzstoff 100 Gramm für 12 Pf., 40 Knorr-Suppen, 35 Gramm für 8 Pf., auf die Jäderarie Zuder, 150 Gramm für 14 Pf. Die in den Geschäften befindliche kostbare Gemüsesuppe kann in Mengen von 25 Gramm zu die Person wöchentlich entnommen werden. Der Preis beträgt für 25 Gramm 16 Pf., für das Pfund 320 Pf.

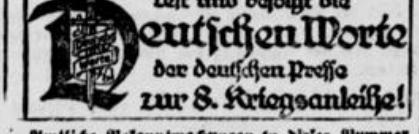
### Siegburg:

Am Freitag, den 22. do. bis, findet in den befreiften Verkaufsstellen auf Bezugsabschnitt Nr. 43 der Lebensmittelkarte der Verkauf von Butter statt.

Jede Portion erhält 60 Gramm. Der Verkaufspreis beträgt für eine Einheit 53 Pfennig und für ein Pfund 11 Pf.

### Aus der Rheinprovinz.

**Bonn:**



**fest und folgt die  
Deutsche Worte  
der deutschen Presse  
zur 8. Kriegsanleihe!**

= Alkalische Verantwoortungen in dieser Nummer.  
Bestellung gegen den Schleichhandel.  
Richtpreise für Gemüsewaren.  
Anordnung über das Schlachten von trächtigen Ziegen.

**Universität.** Zum 100jährigen Jubiläum der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn wird die Provinzialverwaltung der Rheinprovinz gemeinsam mit der Stadt Bonn eine Studentenbücherei stiften, in dankbarer Anerkennung für alles das, was die rheinische Hochschule in stiller, ernster Arbeit für die Entwicklung der rheinischen Heimat und des ganzen deutschen Vaterlandes geleistet hat. Die Stiftung einer Studentenbücherei soll besonders der akademischen Jugend gewidmet sein, um die Anerkennung und den Dank für die begeisterte Hinwendung und den Dienst für die Verteidigung in den Augusttagen 1914 und später immer wieder zum Schuh des Vaterlandes ausgezogen sind. Die Studentenbücherei soll unabhängig neben der Universitätsbibliothek stehen und nach ihren eigenen Grundsätzen verwaltet werden. Die Beziehungen liegen besonders günstig, weil ein Neubau für die Universitätsbibliothek geplant ist und ein Schenker ein Grundstück an der Poppelsdorfer Allee in einer Lage gärtet hat, wie sie für die Studentenbücherei nicht besser gewünscht werden könnte. Das Kostenangebot ist die Amortisation auf Lohn in Höhe von 30 v. H. (Hört, hört!) Das ist noch nicht degeneriert. Man glaubt offenbar, daß die Leistung geworden und man sucht sich Nebengewinn zu verschaffen. Diese Kalkulation wurde nur unter strengster Disziplin mitgeteilt. Das ist eigentlich, denn sie hat das Licht der Öffentlichkeit zu schaffen. Vorder gibt es nicht bloß einen Daimler in Deutschland. Ein ganz erheblicher Teil der Schuld trifft das Kriegsmaterial. Diese unendliche Geduld hat man bisher an mich noch nicht gelassen. Dreißig Jahre freit man sich mit Daimler, bis man die Kalkulation endlich nicht bekommt. (Heiterkeit.) Da spricht man im Ausland noch von Militarismus. (Heiterkeit.) Au Stelle der vom Kriegsministerium beabsichtigten Preisprüfungsstelle muß die bereits vorhandene des Wumba weiter ausgestaltet werden. Das Kriegsministerium muß die Grundlagen für die Preisprüfung erhalten. Der Einwand des Geschäftsgeheimnisses ist nicht durchdringend. Die Behauptung, es fehle an geeigneten Kräften, ist falsch. Wir verlangen, daß die militärische Überwachung auch dann durchgeführt wird, wenn durch übermäßige Preisforderungen die Interessen des Reiches gefährdet werden. Wir hoffen, daß davon möglich seien Gebrauch gemacht werden muß. Die Jurisdiccion der Buchergewinne muß möglichst bald durchgeführt werden. Auch den Reichstag trifft Schuld. Wir haben in den letzten Jahren unser Budgetrecht viel zu mild gehandhabt. Das deutsche Volk will die Gewissheit haben, daß die Mittel aus den Kriegsanleihen parat verwandt werden. Wie rücksichtslos ist man in England vorgegangen. Die Produktion an Kriegsmaterial ist

Regt. Nr. 160, jetzt beim 1. Erzbataillon dieses Regiments, ist auf sein Geuch um Verabschiedung der Rekruteneinsätze des Regiments übergezogen worden.

**Besondere Zusagen an städtische Beamte und Angestellte.** Den Stadtverordneten wird empfohlen, den in den Gehaltsklassen 7 bis 10 belohnten Beamten und Angestellten bis zur grundfestslichen Abschöpfung der Beleidigungssordnung folgende Zusagen jährlich zu gewähren: Gehaltsklasse 7 300 Mark, Gehaltsklasse 8 und 9 je 200 Mark, Gehaltsklasse 10 150 Mark. Ferner den Beamten der Gehaltsklasse 6 Ausgleichszusagen, welche willig werden, damit sie gegenüber einem Beamten der 7. Gehaltsklasse mit gleicher Dienstzeit nicht schlechter stehen. Den zum Heeresdienst einberufenen unterheiraten städtischen Angestellten soll, soweit ihnen nicht als Ernährer unterhaltsberechtigter Angehöriger ein Teil des Gehalts weitergezahlt werden, vom 1. April 1918 ab eine monatliche Beihilfe von 20 Mark gewährt werden. Die Dienstauswandschädigung für eine Anzahl Beamten soll vom 1. April ab auf 200 Mark jährlich erhöht werden.

**Arbeitslohn im Eisen.** Für den am Donnerstag Abend 7 Uhr im Bonner Bürgerverein stattfindenden Bierabend zu Gunsten der Arbeitslosen in Eisen sind noch Karten zu 3,20 Mark, 2,20 Mark und 1,10 Mark. Ferner werden die Beamten der Gehaltsklasse 6 Ausgleichszusagen, welche willig werden, damit sie gegenüber einem Beamten der 7. Gehaltsklasse mit gleicher Dienstzeit nicht schlechter stehen. Den zum Heeresdienst einberufenen unterheiraten städtischen Angestellten soll, soweit ihnen nicht als Ernährer unterhaltsberechtigter Angehöriger ein Teil des Gehalts weitergezahlt werden, vom 1. April 1918 ab eine monatliche Beihilfe von 20 Mark gewährt werden. Die Dienstauswandschädigung für eine Anzahl Beamten soll vom 1. April ab auf 200 Mark jährlich erhöht werden.

**Arbeitslohn im Eisen.** Für den am Donnerstag Abend 7 Uhr im Bonner Bürgerverein stattfindenden Bierabend zu Gunsten der Arbeitslosen in Eisen sind noch Karten zu 3,20 Mark, 2,20 Mark und 1,10 Mark. Ferner werden die Beamten der Gehaltsklasse 6 Ausgleichszusagen, welche willig werden, damit sie gegenüber einem Beamten der 7. Gehaltsklasse mit gleicher Dienstzeit nicht schlechter stehen. Den zum Heeresdienst einberufenen unterheiraten städtischen Angestellten soll, soweit ihnen nicht als Ernährer unterhaltsberechtigter Angehöriger ein Teil des Gehalts weitergezahlt werden, vom 1. April 1918 ab eine monatliche Beihilfe von 20 Mark gewährt werden. Die Dienstauswandschädigung für eine Anzahl Beamten soll vom 1. April ab auf 200 Mark jährlich erhöht werden.

**Zeichnungen auf die 8. Kriegsanleihe.** Kreditorganisation des Reichsverbandes der deutscher Landw. Genossenschaften 350 Mill. Mark; Sparfasse Berlin 75 Mill. Mark; Bankhaus Mendelssohn u. Co. 20 Mill. Mark; Allgemeiner Knappenschaftsverein (Bochum) 20 Mill. Mark; Städtische Sparfasse Elberfeld 15 Mill. Mark; Mannesmann-Döhrener Genossenschaftsverein für Brandenburg 12 Mill. Mark; Kreissparfasse Saarbrücken 6 Mill. Mark; Deutscher Gold- und Silberhandelsbank (Frankfurt a. M.) 6 Mill. Mark; Familiäre v. Stumm-Halberg 5 Mill. Mark; Städtische Sparfasse Remscheid 4 Mill. Mark; Städtische Sparfasse Wermelskirchen 3 333 333 Mill. Mark; Städtische Sparfasse Lennep 3 Mill. Mark; Landesfondssparfasse Cöln 3 Mill. Mark; Firma L. Pöschel u. Co. 1 250 000 Mark; Stadt Meerane 1 2 Mill. Mark; holsteinische Landwirtschaftskammer 2 Mill. Mark; Holzverarbeitungsindustrie A.G. 2 Mill. Mark; Heddeler Kurfürstlicher Staatsbank 2 Mill. Mark; Heddeler Kurfürstlicher Kupferwerke 2 Mill. Mark; Hugo Schneider A.G., Leipzig 2 Mill. Mark; A. G. Ohrenstein u. Koppel 1 200 000 Mark; Chem. Fabrik E. Schering 1 000 000 Mark; Amtsgericht Cöln 1 000 000 Mark; Amtsgericht A. D. Stadtrat Nieder in Polen 1 Mill. Mark; Städtische Sparfasse Freiburg i. Br. 1 Mill. Mark; Rheinischer Aktien-Verein für Zuckersafabrikation 1 Mill. Mark; Gladbachser Zucker- und Glashütter Rücksichtsversicherungs-Gesellschaft 1 Mill. Mark.

**Heidebuden kommt wieder zu Ehren.** Ein eindringlicher Kopf, der sich sein Leben lang darüber ärgerte, daß der obere Hofzelt seines Hauses oder Hofbezirks nüchtern ins Feuer wanderte, bringt uns etwas Gutes. In letzter Zeit wurde allenthalben unter dem Namen Boien „als Erb“ unter welchem Titel leider so viel gesündigt wird, angeboten. Holzspäne, Papierstreifen muß herhalten, und an den altherwöhnen Heidebuden muß herhalten, den einstigen Heidebuden, der bis in die Zukunft den Heidebuden bringt. Das Schneiders Reichsapotheke bringt uns nunmehr einen Beben. Der obere Teil ist gut sold aus Buchenhölzern angefertigt. Es wird ein Sitz von vier Heidebuden durch zwei Schraubenhölzer gehalten. Sind die Enden abgenutzt, werden diese in die Mitte verkehrt. Dadurch wird der Heidebuden bis zum Rest ausgereicht. Nach vollständigem Verbrauch nimmt man einen neuen Heidebuden und der Beben ist vollständig wieder neu. Das wichtigste für den Verbraucher ist die Handlung. Der Heidebuden muß, um ihn lange zu erhalten, stets feucht sein, zum mindesten im Keller aufbewahrt werden.

**Belohnungen.** Für den Abzug des für das Militärtriebstaaten beweisen schwäbischen Raubzeuges werden folgende Belohnungen gewährt: für einen Wardenfelsen 6 Mark, einen Sperrer 5 Mark, einen Habicht 3 Mark. Die Belohnung der Zuverlässigkeit einer Belohnung und die Zahlung erfolgt durch den Festungs-Nachrichtenkommandeur in Köln, dem die Fänge unter Sicherheiten eines kleinen Fertanges einzufügen sind. (Siehe Anzeige.)

**Drehstahl.** In der Helmholzstraße wurden in unvergänglicher Nacht 10 Hühner, 3 Gänse und ein Truthahn gestohlen.

**Herrsel bei Bonn:** Prüfung. Unter dem Vorzeile des Herrn Geheimrates Dr. Heder fand im Pensionat der Ursulinen die Schreinprüfung statt. Von 25, die sich der Prüfung unterzogen, wurden 8 von der männlichen Ursulinen bereit, alle anderen haben bestanden.

**Guslikirchen:** Der Entwurf des Hdt. Haushaltplanes für das Rechnungsjahr 1918 liegt vom 20. d. M. ab 8 Tage lang im Rathause, Zimmer 10, zur Einsicht offen.

**Weiterer Sohner für den 21. März 1918:** Verabredet mit noch einzigen Rentgenen und verhältnismäßig niedrigen Temperaturen.

**Verkauf sterilisierte Milch.**



